

Abs.:.....  
.....  
.....

E.ON Westfalen Weser AG

Tegelweg 25

**33102 Paderborn**

Datum:.....

**Vertragskonto Nr.:** .....  
**Ihre Gaspreise**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich halte die von Ihnen veröffentlichten bzw. mitgeteilten Gaspreise für **unbillig gem. § 315 Abs. 3 Satz 2 BGB und berufe mich auf deren Unverbindlichkeit. Dies gilt in gleicher Weise für künftig mitgeteilte (erneut erhöhte) Preise**

Ich fordere Sie auf, mir Ihre **Berechtigung** zur einseitigen Preisanpassung nachzuweisen. Ich verweise auf die Rechtsprechung des BGH zur Unwirksamkeit von Preisklauseln.

Ich fordere Sie weiter auf, mir die Erforderlichkeit und die Angemessenheit Ihrer Preise durch nachvollziehbare und prüffähige **Offenlegung Ihrer Kalkulationsgrundlagen** nachzuweisen. Zur Wirkung des Unbilligkeitseinwandes verweise ich auf die gefestigte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH NJW 2003, 3131 f.; LG Köln, RdE 2004, S. 306 und Entscheidung vom 5. Juli 2005, X ZR 60/04).

Weil der Einwand der Unbilligkeit die Nichtfälligkeit des Anspruchs zur Folge hat, möchten Sie von Mahnungen, Sperrandrohungen etc. absehen. Die für den Kunden immer mit einem Übel verbundene Versorgungseinstellung darf als Druckmittel nur eingesetzt werden, um berechnete Forderungen durchzusetzen. Wenn durch den Einwand der Unbilligkeit die Berechnung einer Forderung gerade offen ist, ist schon die Androhung der Versorgungssperre nach § 17, Abs. 1 GasGVV unzulässig und möglicherweise sogar strafbar.

Es ist Ihnen verboten, ein eventuelles Guthaben aus anderen Versorgungsverträgen zu verrechnen (gemäß §366, Abs.1, BGB), dieses ist also voll ohne Verrechnung auszuzahlen. Eine eventuelle Nachzahlung erbringe ich selbständig.

Die Abschläge dürfen von Ihnen allein aus dem Grund der bis auf weiteres unverbindlichen Preiserhöhung nicht erhöht werden, da dies im Falle der Unbilligkeit unweigerlich zu Überzahlungen führen würde. Zahlungen erfolgen künftig nur auf die Hauptforderung zu den alten Preisen. Ich rüge auch diese als unbillig und behalte mir vor, auch deren Billigkeit gerichtlich prüfen zu lassen und Überzahlungen zurückzufordern.

Die monatlichen Abschlagszahlungen erhalten Sie weiter fristgerecht per Überweisung bzw. Dauerauftrag auf das von Ihnen angegebene Konto. Eine von mir erteilte Einzugsermächtigung widerrufe ich hiermit. Dieses Schreiben wollen Sie in einem Prozess dem Gericht vorlegen, um nicht Gefahr zu laufen, einen falschen Sachverhalt vorzutäuschen. Den Erhalt dieses Schreibens bitte ich Sie kurzfristig schriftlich zu bestätigen.

Mit freundlichem Gruß